

Gebhard Kirchgässner

Auf der Suche nach dem Gespenst des Ökonomismus

*Einige Bemerkungen über Tausch, Märkte und die
Ökonomisierung der Lebensverhältnisse**

Abstract: First, the role of markets as co-ordination mechanisms and, more generally, the role of exchange relations in a society is discussed. We consider illegal markets as well as markets where transactions are performed not using money but some other exchange medium. Secondly, we ask for the political possibilities to intervene into such markets. Finally, we discuss the increasing 'economising of social relations' and possible reasons for it.

1. Einleitung

Ein Gespenst geht um und wird hie und da gesichtet: der Ökonomismus. Besonders häufig scheint es Philosophen und Ethikern zu begegnen (siehe z.B. Mittelstraß 1985; 1990; Rich 1990, 15; Seiffert 1990). Aber wie dies bei Gespenstern zu sein pflegt: seine Konturen sind reichlich unscharf. Gelegentlich wird darunter verstanden, daß materielle Orientierungen in der Bevölkerung zunehmen: es wird unterstellt, daß früher ideelle Orientierungen ein größeres Gewicht hatten (siehe z.B. Meran 1990, 63). An anderer Stelle wird behauptet, daß die offiziellen Märkte heute verstärkt in weite Bereiche vordringen, die ihnen früher verschlossen schienen. In diesem Zusammenhang wird auch von einer 'Ökonomisierung der Gesellschaft bzw. der Lebensverhältnisse' gesprochen (Meran 1990, 63, aber z.B. auch Ulrich 1996, 93; Mittelstraß 1990 oder Saul 1995). Oder man versteht unter Ökonomismus, daß die Ökonomen in ihren Modellen bei der Untersuchung menschlichen Verhaltens vom Vorherrschen materieller Orientierungen ausgehen (siehe z.B. Meran 1990, 63f.). Gelegentlich wird dabei sogar Karl Marx von den Füßen auf den Kopf gestellt,

* Für wertvolle Anregungen und Hinweise danke ich Michael Baurmann und Lars P. Feld, Universität St. Gallen.

indem diese Annahme der bürgerlichen Ökonomie für die zunehmende Ökonomisierung der Lebensverhältnisse (mit-)verantwortlich gemacht wird. Grund dafür ist der homo oeconomicus, jener (männliche) homunculus der ökonomischen Theorie, der nicht aus Einsicht, sondern aus reinem Nutzenkalkül heraus handelt und der in seinem Imperialismus langsam aber sicher dabei ist, zumindest die sozialwissenschaftliche Welt zu erobern. Dagegen gilt es aufzustehen, sei es im Namen einer normativen Ökonomik (siehe z.B. Kambartel 1975; 1979; Mittelstraß 1985; 1990 oder Ulrich 1990), einer feministischen Ökonomik (siehe z.B. Klinger 1990; Nelson 1992; Maier 1994, sowie die Beiträge in Ferber/Nelson (eds.) 1993), oder sei es im Namen einer ‚Sozioökonomik‘ (siehe z.B. Himmelstrand 1996), und eine alternative Theorie zu entwickeln, welche den ‚wahren Bedürfnissen‘ der Menschen entspricht.¹

Wenn man sich mit diesen Behauptungen auseinandersetzen will, dürfte es sinnvoll sein, sich darüber klar zu werden, was sich hinter dem ökonomischen Modell menschlichen Handelns, dem ‚homo oeconomicus‘, eigentlich verbirgt. Hierzu ist freilich an anderer Stelle schon Ausführliches gesagt worden (siehe hierzu Kirchgässner 1991). Danach aber ist nach der Substanz der erhobenen Vorwürfe zu fragen. Selbst wenn man sie letztlich zurückweisen müßte, und zumindest bei einem Teil dieser Vorwürfe ist dies sicher angebracht, verbergen sich dahinter ernst zu nehmende Fragen, die wiederum auf einem (vielleicht eher allgemeinen) Unbehagen über die gesellschaftliche Entwicklung beruhen. Ist es tatsächlich so, daß immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in den (im engeren Sinne wirtschaftlichen) Bereich der Marktprozesse einbezogen werden? Gibt es eine Ökonomisierung in diesem Sinne tatsächlich, und, wenn ja, was sind die Gründe dafür? Spielen Geld und Reichtum tatsächlich eine immer stärkere Rolle im Leben der Menschen? Und welchen Anteil hat daran die Entwicklung der ökonomischen Theorie? Was kann man allenfalls tun, um diese Ökonomisierung zurückzudrängen?

Sicherlich kann hier keine erschöpfende Antwort auf diese Fragen gegeben werden. Dennoch soll zumindest versucht werden, darauf einzugehen. Dabei soll ‚Ökonomisierung‘ im folgenden verstanden werden als die Ausbreitung formaler Märkte in Bereichen, die bisher durch andere Mechanismen geregelt

¹ Der Vorwurf, daß die Ökonomie nicht von den ‚wahren‘, sondern nur von den faktischen Bedürfnissen ausgeht und damit ihre eigentliche Aufgabenstellung verfehlt, ist vermutlich so alt wie die (moderne) ökonomische Theoriebildung überhaupt. Dabei wird (üblicherweise einer kognitivistischen Ethikkonzeption folgend) implizit unterstellt, daß von der Wissenschaft die wahren Bedürfnisse (weitgehend) unabhängig von den faktischen Bedürfnissen erkannt und als solche ausgezeichnet werden können. Sobald man jedoch die Ergebnisse der Werturteilsdebatte (genauso wie der jüngeren Diskussion um Postmoderne und Kommunitarismus) ernst und damit von der Konzeption einer kognitivistischen Ethik Abschied nimmt, stellt sich, falls man nicht in eine autoritäre Konzeption verfallen will, das Verhältnis zwischen ‚faktischen‘ und ‚wahren‘ Präferenzen als sehr viel schwieriger dar, als z.B. die oben aufgelisteten Verfechter einer normativen Ökonomik unterstellen. Siehe hierzu Kirchgässner 1991, 42ff.

wurden. Dabei ist, wie im nächsten Abschnitt (Abschnitt 2) erläutert wird, der Markt zunächst nur einer von mehreren gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen, wobei Märkte generell durch Tausch charakterisiert sind. Man kann die Marktperspektive radikalisieren und ‚Tausch‘ ganz allgemein als gesellschaftliche Grundkategorie auffassen. Dies geschieht in Abschnitt 3. Damit aber stellt sich die Frage, was jeweils getauscht wird und was das Tauschmedium ist. Dies wird durch die politischen Rahmenbedingungen mitbeeinflusst. Soll nun die Ausbreitung formaler Märkte, d.h. von Tausch gegen Geld, in bestimmten Bereichen verhindert werden, dann droht die Gefahr, daß illegale Märkte entstehen. Daher betrachten wir im 4. Abschnitt illegale Märkte sowie solche Märkte, auf denen, seien sie nun legal oder illegal, nicht Geld, sondern ein anderes Gut als Transaktionsmedium dient. Daran schließt sich im 5. Abschnitt die zentrale Frage an, die man stellen muß, wenn man versuchen will, die Ökonomisierung einzuschränken, d.h. durch Politik die Ausbreitung von Märkten zu unterbinden: Welche Handlungsmöglichkeiten stehen hierzu zur Verfügung? Das Instrumentarium ist, wie zu zeigen sein wird, begrenzt. Schließlich befassen wir uns mit der Frage, welche Gründe zu einer zunehmenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse geführt haben könnten und ob dabei die ökonomische Theorie bzw. der ‚ökonomische Imperialismus‘ eine besondere Rolle spielt (Abschnitt 6). Letzteres kann wohl klar verneint werden. Zudem zeigen unsere Überlegungen, daß das Gespenst des Ökonomismus weit weniger bedrohlich ist, als es häufig wahrgenommen wird. Die zunehmende Ökonomisierung ist zumindest zum Teil schlicht eine nicht-intendierte Nebenwirkung von Entwicklungen, welche wir insgesamt in aller Regel als positiv einstufen.

2. Der Markt als gesellschaftlicher Koordinationsmechanismus

Die Ökonomie versucht mit Hilfe eines auf dem methodologischen Individualismus basierenden allgemeinen Verhaltensmodells, dem ‚homo oeconomicus‘, gesellschaftliche Vorgänge zu erklären. Dabei geht es wie bei den anderen Sozialwissenschaften auch in aller Regel um die Analyse von Koordinationsprozessen: Wie werden die Handlungen der Individuen – z.B. mit Hilfe bestimmter Institutionen – so koordiniert, daß bestimmte gesellschaftliche Ergebnisse zustande kommen? In den wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere der Volkswirtschaftslehre, stehen dabei vor allem Prozesse im Mittelpunkt, die sich auf Märkten abspielen. Nun ist der Marktmechanismus im Prinzip nur einer von mehreren gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen. So unterscheiden z.B. R. A. Dahl und Ch. E. Lindblom (1953) insgesamt vier verschiedene solche Mechanismen: (i) den Markt- oder Preismechanismus,

(ii) die Demokratie, (iii) das hierarchische bzw. bürokratische Verfahren sowie (iv) den Aushandlungsmechanismus.² Im Rahmen des gesellschaftlichen Grundkonsenses bzw. der Verfassung kann festgelegt werden, welcher dieser Mechanismen zur Regelung welcher Entscheidungen eingesetzt werden soll.

Dabei gibt es Zuordnungen, die uns heute offensichtlich erscheinen. So gilt z.B. als selbstverständlich, daß die Versorgung mit Konsumgütern (zumindest in normalen Zeiten) über den Markt erfolgt, während Entscheidungen über die Wahl von Regierungen mit Hilfe demokratischer Verfahren getroffen werden. Innerhalb von Firmen oder von staatlichen Bürokratien dominieren hierarchische Verfahren, während zwischen Firmen oder zwischen Verbänden der Aushandlungsmechanismus greift.

Es scheint uns insbesondere selbstverständlich, daß bestimmte Bereiche dem Markt entzogen werden sollen. So soll es z.B. nicht möglich sein, öffentliche Ämter käuflich zu erwerben. Genauso wenig wird es als zulässig erachtet, daß mit Hilfe von Geld Entscheidungen von Parlamentariern oder Richtern ‚gekauft‘ werden. Der Kauf von Ämtern widerspricht genauso wie die Bestechung der Inhaber solcher Ämter diametral unseren Vorstellungen von Demokratie und Gerechtigkeit. Andere Transaktionen werden untersagt, weil sie der Menschenwürde oder – ganz allgemein – unseren moralischen Vorstellungen widersprechen. Dies gilt in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz z.B. für den Handel mit Menschen, die Bezahlung von ‚Leihmüttern‘ oder den Organhandel.³

Auch wenn in jeder Gesellschaft bestimmte Märkte aus moralischen oder anderen Gründen abgelehnt werden, muß darauf hingewiesen werden, daß in der Geschichte der Menschheit praktisch jede Aktivität schon mit Hilfe des Preismechanismus geregelt wurde. Noch in der Neuzeit konnten in England und Frankreich Parlamentssitze und Offizierspatente käuflich erworben werden. Sogar der Posten eines Steuereintreibers konnte gekauft werden, was mit dem Anrecht verbunden war, von der Bevölkerung Steuern einzutreiben. Der Verkauf von Kriegsgefangenen gegen ein Lösegeld war in der gesamten Geschichte der Menschheit üblich. Dieser Markt hatte zudem zum Teil für die Betroffenen günstige Auswirkungen, weil die Besiegten nicht getötet, sondern geschont und gegen Geld möglichst schnell ausgetauscht wurden (siehe hierzu Frey 1990, 108ff.). Heute gilt ein solcher Markt als unmenschlich und wird deshalb abgelehnt.

² Siehe hierzu auch die Darstellung dieser vier Koordinationsverfahren in Frey/Kirchgässner 1994, 85ff.

³ In den Vereinigten Staaten ist dagegen die Bezahlung von Leihmüttern zulässig. Und beim Organhandel ist auch bei uns die allgemeine Zustimmung zu einem Verbot eingeschränkt; es gibt eine Reihe von Autoren, welche einen (freien) Organhandel fordern. Siehe zu dieser Problematik z.B. H. Kliemt, Organspende und Organhandel im freiheitlichen Rechtsstaat: Wie weit soll die individuelle Autonomie gehen dürfen?, *Neue Zürcher Zeitung* Nr. 176 vom 30./31. Juli 1994, 25.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß es in vielen Bereichen, die (zumindest nach verbreiteter Auffassung) dem Marktmechanismus vorenthalten sein sollten, illegale Märkte gibt, die ziemlich reibungslos funktionieren. Das derzeit wohl bekannteste Beispiel ist der Markt für Drogen. Nicht erst die heutige Erfahrung zeigt, daß dieser Markt selbst mit sehr hartem polizeilichen Einsatz und mit sehr hohen angedrohten Strafen zwar möglicherweise etwas eingedämmt, aber nicht beseitigt werden kann. Dies könnte allenfalls mit der Androhung und Verhängung extrem hoher Strafen (wie z.B. der Todesstrafe für den Besitz selbst kleinster Mengen von Rauschgift) geschehen, wie es heute in einigen Staaten Südostasiens versucht wird. Solche Strafen widersprechen jedoch unseren Vorstellungen von Menschenwürde und werden deshalb (zumindest in den Ländern des abendländischen Kulturkreises) nicht ernsthaft in Erwägung gezogen.⁴

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß bei der von R. A. Dahl und Ch. E. Lindblom (1953) vorgenommenen Kategorisierung ein zwar durchaus übliches, aber eingeschränktes Verständnis von Markt unterstellt wird, indem nur dort von Markt geredet wird, wo Geld als Transaktionsmedium Verwendung findet. Wie die ‚Zigarettenwährung‘ der Nachkriegszeit zeigt, ist das, was wir üblicherweise als Geld bezeichnen, d.h. Münzen, Banknoten und Giralgeld, keineswegs das einzige Transaktionsmedium, welches auf einem Markt Verwendung finden kann. Gerade dort, wo die Verwendung von Geld offiziell untersagt ist, werden oft andere Mittel benutzt. So werden, um dem Vorwurf der Bestechung auszuweichen, häufig geldwerte Leistungen eingesetzt, um (illegalerweise) die Gegenseite zur Erbringung bestimmter Leistungen zu veranlassen. Wenn man sich über die Bedeutung von Markt- bzw. Tauschbeziehungen für das menschliche (Zusammen-)Leben klar werden will, ist es daher sinnvoll, nicht nur die offiziellen Märkte zu betrachten, sondern auch die illegalen, und weiter diejenigen, seien sie nun legal oder illegal, bei denen es nicht (oder zumindest nicht vordergründig) um finanzielle Transaktionen geht.

3. Die Radikalisierung der Marktperspektive: Tausch als gesellschaftliche Grundkategorie

Man kann die Marktperspektive radikalieren, indem man soziale Interaktionen, d.h. Handlungen, an denen mehr als ein Individuum beteiligt ist, und das ist in aller Regel der Fall, ganz allgemein als Tauschvorgänge begreift.⁵

⁴ Wenn für geringe (bzw. allgemein als gering erachtete) Delikte sehr hohe Strafen verhängt werden, kann sich daraus auch ein Problem der Glaubwürdigkeit des gesamten Rechtssystems ergeben. Siehe hierzu z.B. Tyler 1997.

⁵ Eine andere Perspektive nimmt z.B. Boulding 1968; 1973 ein, der drei verschiedene Arten der Interaktion zwischen Individuen unterscheidet: Liebe, Tausch und Drohung.

Diese Idee ist, wie viele fruchtbare Ideen, weder neu noch auf den traditionell wirtschaftlichen Bereich beschränkt. So schrieb bereits vor etwa 100 Jahren der Soziologe G. Simmel: „Jede Wechselwirkung aber ist als ein Tausch zu betrachten: jede Unterhaltung, jede Liebe (auch wo sie mit andersartigen Gefühlen erwidert wird), jedes Spiel, jedes Sichanblicken.“ (1900, 34) Solche Tauschvorgänge spielen sich nicht nur auf (formalisierten) Märkten, sondern praktisch überall ab, z.B. in der Politik, im Rechtsleben, aber auch in der Familie.

Der Grund für die Allgegenwärtigkeit des Tausches liegt zum einen in der Allgegenwärtigkeit der Knappheit und zum anderen in seiner Produktivität. Für (fast) alle Menschen sind mindestens einige, für die meisten Menschen sehr viele (oder sogar fast alle) Güter knapp. Sie sind daher prinzipiell bereit, Aufwendungen zu machen, um zusätzliche Güter zu erhalten. Solange die relative Wertschätzung verschiedener Güter für zwei Menschen unterschiedlich ist, haben diese einen Anreiz zu tauschen. Da sie dies nur dann tun werden, wenn sie sich dabei nicht schlechter stellen, ist (freiwilliger) Tausch produktiv: Er führt dazu, daß durch eine Abfolge von Tauschakten sich viele besser stellen, aber niemand schlechter gestellt wird. Am Ende, d.h. wenn alle produktiven Tauschmöglichkeiten ausgeführt sind, wird ein ‚Pareto-optimaler‘ Zustand erreicht, der genau dadurch definiert ist, daß es nicht mehr möglich ist, ein Individuum besser zu stellen, ohne ein anderes schlechter zu stellen. Diese Wohlfahrtseigenschaft, die – unter bestimmten Bedingungen – dem Preismechanismus eigen ist, bildet eine der (wissenschaftlichen) Rechtfertigungen für seine Einführung zur Lösung gesellschaftlicher Koordinationsprobleme.⁶

Für unser Problem wichtiger ist jedoch der Anreiz zum Tausch, der dann existiert, wenn ein solches Pareto-Optimum noch nicht erreicht ist. Die Chance, sich besser zu stellen, führt dazu, daß die Individuen aktiv nach Tauschmöglichkeiten suchen. Damit aber führt ihr Handeln (unbeabsichtigterweise) dazu, daß sich ein Markt etabliert. In einem solchen Markt gibt es zunächst nur relative Preise, abgeleitet von den relativen Wertschätzungen der einzelnen Güter durch die Individuen. Ein Transaktionsmedium wie Geld, welches die Funktionen eines Tauschmittels, einer Recheneinheit sowie eines Wertaufbewahrungsmittels erfüllt, erleichtert den Tausch erheblich.⁷ Aber auch ohne ein solches Tauschmittel findet (Real-)Tausch statt.

Sobald darüber hinaus die Möglichkeit besteht, zwischen verschiedenen Tauschpartnern auszuwählen, findet Wettbewerb statt. Wenn es z.B. darum geht, ein bestimmtes, nur einmal vorhandenes Gut zu erwerben, wird derjenige, der es verkaufen will, die verschiedenen Gebote prüfen und sich (in aller Regel) für das höchste Gebot entscheiden. Mit einer solchen Entscheidung ist

⁶ Siehe hierzu die beiden grundlegenden Theoreme der Wohlfahrtstheorie, dargestellt z.B. in Feldman 1987.

⁷ Zu den einzelnen Funktionen des Geldes siehe z.B. Issing 1995, 1ff.

gleichzeitig eine Diskriminierung all derjenigen verbunden, die wegen eines zu niedrigen Gebotes dieses Gut nicht erhalten. Das gleiche gilt, wenn eine Stelle ausgeschrieben ist, um die sich mehrere Personen bewerben. Knappheit der Ressourcen, Wettbewerb und Diskriminierung sind daher untrennbar miteinander verbunden.⁸

Die Frage ist daher nicht, ob Tausch und Wettbewerb stattfinden, sondern unter welchen Bedingungen dies geschieht. Üblicherweise wird Geld wegen seiner hohen funktionellen Eignung als Transaktionsmedium verwendet. Dies gilt dann nicht mehr, wenn die Verwendung von Geld wegen ethischer Überlegungen und/oder gesellschaftlicher Vorschriften nicht opportun erscheint oder offiziell nicht zulässig ist. So gibt es auch im privaten Haushalt zwischen den Ehepartnern Austauschbeziehungen; sie werden aber in den meisten Fällen nicht über Geld abgewickelt. Trotzdem ist wichtig, daß der Austausch zwischen den Partnern fair ist, so daß beide langfristig gewinnen. Falls in einer Partnerschaft einer der beiden im wesentlichen die Kosten trägt, der andere vor allem den Nutzen erhält, dürfte sie in aller Regel langfristig nicht stabil sein und irgendwann zerbrechen.

Nun betrifft der häufig geäußerte Vorwurf der Ökonomisierung wohl kaum Austauschprozesse innerhalb einer Familie oder ähnlich gelagerte gesellschaftliche Vorgänge, sondern im allgemeinen vielmehr Tauschvorgänge, welche heute auf offiziellen Märkten unter Verwendung von Geld abgewickelt werden und bei denen dies früher nicht der Fall war. Selbst wenn man deshalb die Perspektive teilt, daß Tausch eine gesellschaftliche Grundkategorie ist, die nicht nur auf formalisierten Märkten eine Rolle spielt, kann man darin ein Problem sehen, daß sich solche formalisierten Märkte (tatsächlich oder nur scheinbar) immer stärker ausbreiten und daß deshalb Geld bzw. Vermögen eine immer stärkere Rolle für die gesellschaftlichen Beziehungen spielt. Man kann daher fordern, daß diese Ökonomisierung (zumindest partiell) zurückzunehmen ist, d.h. daß Geld in bestimmten Bereichen, in welchen es heute die Austauschprozesse steuert, nicht mehr als Transaktionsmedium Verwendung finden sollte.

Will man dies durch staatliche Vorschriften (oder durch andere Regulierungen) erreichen, so gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie die betroffenen Individuen reagieren können. Ist der Anreiz zu tauschen klein, so kann es sein, daß der Tausch völlig unterbleibt. Im anderen Fall wird entweder ein anderes Transaktionsmedium verwendet und/oder ein illegaler Tausch mit Hilfe von Geld durchgeführt. Damit aber treten Märkte, auf denen Geld als Transaktionsmedium verwendet wird, häufig auch dort auf, wo sie durch gesetzliche Bestimmungen explizit unterbunden werden sollen. Dies gilt für den Drogenmarkt genauso wie für den Organhandel, aber auch für die Bestechung von Politikern, Beamten und Richtern. Dabei ist Geld auf solchen Märkten nicht das einzige Transaktionsmedium; die sehr vielfältigen Alternativen reichen

⁸ Siehe hierzu z.B. Alchian/Allen 1964, 12ff.

von monetären Vorteilen, wie z.B. Ferienreisen, über kleine Gefälligkeiten bis hin zu sexuellen Leistungen.

4. Das Auftreten illegaler Märkte

Nur wenn staatliches Handeln nicht dazu führt, daß sich nach Eindämmung des offiziellen Marktes durch Entstehung illegaler Märkte die Situation insgesamt verschlechtert, ist die Forderung, der Ökonomisierung durch solches Handeln Einhalt zu gebieten, sinnvoll. Bevor man die Handlungsmöglichkeiten staatlicher Politik in diesen Bereichen erörtert, scheint es daher angezeigt, sich zunächst mit dem Auftreten illegaler Märkte zu befassen. Dabei kann es im folgenden nicht darum gehen, eine allgemeine Theorie zu entwerfen, welche das Auftreten solcher Märkte erklärt.⁹ Vielmehr sollen am Beispiel der Korruption und des Drogenmarktes typische Situationen aufgezeigt werden, welche das Auftreten illegaler Märkte zumindest stark begünstigen. Dabei geht es in beiden Fällen um Handlungen mit hohem Risiko, die aber auch eine hohe Rendite erwarten lassen.

4.1 Korruption

Idealerweise sollte in einer Wettbewerbswirtschaft jeder, der eine Entscheidung trifft, ihre Konsequenzen vollständig tragen. Dies gilt, soweit keine externen Effekte vorliegen, im wesentlichen für die auf einem Markt agierenden Produzenten und Konsumenten. Ein Unternehmer, der eine riskante Investition tätigt, muß damit rechnen, daß er dabei sein Vermögen verliert. Dies gilt aber in vielen Fällen nicht für staatliche Bürokraten oder für Richter; und es darf häufig auch gar nicht für sie gelten. Ein Richter, der z.B. in einem Strafprozeß darüber zu entscheiden hat, ob jemand des Mordes schuldig gesprochen wird oder nicht, hat, soweit er nicht ein (deutliches) Fehlurteil spricht, keine persönlichen Konsequenzen zu erwarten, egal wie seine Entscheidung ausfällt. Dies ist geradezu eine Voraussetzung dafür, daß solche Entscheidungen der Gerechtigkeit dienen. Analoges gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für viele bürokratische Entscheidungen.¹⁰ Der Leiter eines Amtes, der Konzessionen vergibt, ist, soweit er dies entsprechend den üblichen Regeln tut, persönlich nicht davon betroffen, ob er eine Konzession erteilt oder verweigert bzw. wem er die Konzession gibt. Sein Spielraum mag zwar in der Regel kleiner sein als derjenige eines Richters, aber er existiert dennoch in vielen Fällen.

⁹ Erste Ansätze zur Entwicklung einer solchen Theorie wurden bereits von Boulding 1947 und von Michaely 1954 unternommen.

¹⁰ Zur Theorie solcher ‚Kleinkosten‘-Entscheidungen siehe Kirchgässner 1992; 1996.

Umgekehrt sind diejenigen, die von richterlichen bzw. bürokratischen Entscheidungen abhängen, häufig sehr stark von diesen Entscheidungen betroffen. Ob eine Firma den Zuschlag für ein bestimmtes Projekt erhält oder nicht, kann über ihre Existenz und damit auch über die Existenz vieler Arbeitsplätze entscheiden. Der rein materielle (monetäre) Wert einer solchen Entscheidung kann daher für die Betroffenen sehr hoch sein. In solchen Situationen bietet es sich geradezu an, einen Tausch vorzunehmen: der Betroffene tritt einen Teil dessen, was er durch diese Entscheidung gewinnt, an den Entscheidungsträger ab, damit dieser eine Entscheidung in seinem Sinne trifft.

Selbstverständlich sind dies riskante Tätigkeiten, da aktive wie passive Bestechung von Staatsbediensteten in aller Regel mit Strafe bedroht ist. Für den Bestochenen ist dies, falls er ertappt wird, in vielen Fällen zusätzlich mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und dadurch mit einem erheblichen Vermögensverlust verbunden. Andererseits ist der Geldwert einer solchen Entscheidung für die Betroffenen häufig so hoch, daß sie bereit sind, erhebliche Risikoprämien zu bezahlen. Ob der Beamte oder Richter dann auf die Bestechung eingeht, hängt zum einen von der Aufdeckungswahrscheinlichkeit und zum anderen von seiner Diskontrate ab: je geringer die Aufdeckungswahrscheinlichkeit und je höher die Diskontrate ist, desto eher wird er sich auf ein solches Geschäft einlassen.

Dagegen mag man einwenden, daß unter ‚vernünftigen‘ Annahmen über die Aufdeckungswahrscheinlichkeit und über die Diskontrate gemäß diesem Modell Bestechung kaum je vorkommen dürfte; schließlich seien die Verluste an zukünftigem Einkommen, die dadurch riskiert werden, so hoch, daß man in aller Regel auch bei sehr geringer Aufdeckungswahrscheinlichkeit davon Abstand nehmen müsse. Dies mag durchaus so sein. Dennoch ist es immer wieder erstaunlich, wie gering häufig die gezahlten Summen sind (zumindest in vielen derjenigen Fälle, die aufgedeckt werden).¹¹ Dagegen könnte man argumentieren, daß die Aufdeckungswahrscheinlichkeit in vielen Fällen so gering ist, daß der Erwartungswert der Bestechung dennoch positiv ist. Vermutlich geht es hier aber weniger um die objektive als vielmehr um die subjektive Aufdeckungswahrscheinlichkeit; und es gibt Anhaltspunkte dafür, anzunehmen, daß diese von den Betroffenen systematisch unterschätzt wird.¹²

Aber selbst dann, wenn die Aufdeckungswahrscheinlichkeit korrekt eingeschätzt würde, änderte sich die Situation nicht grundlegend. Das gleiche

¹¹ Dies gilt im übrigen auch für Wissenschaftler. Es ist erstaunlich, für wie wenig Geld Wissenschaftler häufig ihre Reputation (und damit ihre zukünftigen Einkommenschancen) aufs Spiel setzen und Gefälligkeitsgutachten schreiben. Siehe hierzu auch Kirchgässner 1996a, 36.

¹² Dies dürfte analog zur Tatsache sein, daß Leute, die heiraten, ihre Scheidungswahrscheinlichkeit systematisch unterschätzen, selbst wenn sie die objektive Wahrscheinlichkeit kennen. B. S. Frey (1989) nennt dies den „Elisabeth-Taylor-Effekt“. Siehe hierzu auch Frey/Eichenberger 1996, 196ff.

gilt auch für eine Erhöhung der angedrohten Strafen. Zwar würden wegen der damit verbundenen Erhöhung der Risikoprämie die erforderlichen Bestechungssummen steigen und damit die Zahl der Bestechungen (etwas) zurückgehen. Es bleibt aber, daß die enorm hohen Gewinne, die hier möglich sind, Möglichkeiten zur Bestechung bieten, und es ist davon auszugehen, daß Chancen für solch hohe Gewinne auch zumindest teilweise wahrgenommen werden.

4.2 Drogenhandel

Aus ökonomischer Perspektive ist der Markt für Drogen zunächst ein Markt wie jeder andere. Auch auf ihm gilt das ‚Gesetz von Angebot und Nachfrage‘. Je höher der Preis ist, der erzielt werden kann, desto größer wird – *ceteris paribus* – das Angebot sein, und je höher der Preis ist, der von den Kunden verlangt wird, desto geringer wird – ebenfalls *ceteris paribus* – die Menge sein, die konsumiert wird. Dabei stellt sich ein ‚Gleichgewicht‘ bei einem ‚markträumenden‘ Preis ein. Vergrößert sich aus irgendwelchen Gründen das Angebot, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist, so sinkt der Preis. Dies hat zur Folge, daß der Konsum zunimmt und in dessen Gefolge in aller Regel auch die Zahl der Drogentoten.

Die Besonderheiten dieses Marktes liegen in der Struktur des Angebots und vor allem der Nachfrage. Da der Handel mit Drogen verboten und mit erheblichen Strafen bedroht ist, muß der Drogenhändler bei der Kalkulation seiner Kosten nicht nur die reinen Produktionskosten berücksichtigen, wie z.B. den Preis für die importierte Rohware sowie die Veredelungskosten, sondern auch eine Risikoprämie. Die traditionellen polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels stellen vor allem darauf ab, diese Risikoprämie zu erhöhen. Dadurch steigt der Preis, wodurch die Nachfrage zurückgeht. Außerdem hofft man, daß für einen Teil der Händler das Geschäft unrentabel wird.

Daß dieses Ergebnis nicht im gewünschten Maße eingetreten ist, hängt mit der besonderen Struktur der Nachfrage zusammen. Bei den Nachfragern müssen wir zwei Gruppen untersuchen: die ‚Versucher‘ und die ‚Süchtigen‘. Diese beiden Gruppen unterscheiden sich durch die Stärke ihrer Reaktion auf Preisveränderungen. Steigt der Preis, so ist bei den (noch nicht süchtigen) Einsteigern ein deutlicher Rückgang der Nachfrage zu erwarten; sie reagieren hier wie bei jedem anderen Gut auch. Da sie abhängig sind, werden die Süchtigen dagegen auf eine Preiserhöhung kaum mit einer Verringerung ihres Konsums reagieren. Sie werden vielmehr versuchen, erhöhte Anstrengungen zu unternehmen, um die Mittel aufzutreiben, die zur Deckung ihres ‚Bedarfs‘ notwendig sind. Dies führt zu erhöhter Beschaffungskriminalität bzw. zu erhöhter Bereitschaft zur Prostitution. Wegen der unterschiedlichen Reaktionen werden bei steigendem Preis daher die Süchtigen die Einsteiger partiell aus dem

Markt drängen. Dies könnte langfristig einen Rückgang des Drogenkonsums bewirken.

Die Drogenhändler durchschauen diesen Mechanismus jedoch. Ihnen ist daran gelegen, immer so viele Süchtige wie möglich unter ihren Kunden zu haben, da nur bei diesen die großen Gewinne möglich sind. Da aber der Kundenstamm der Süchtigen kontinuierlich zurückgeht, sei es durch Tod oder sei es durch freiwilligen oder erzwungenen Ausstieg aus der ‚Szene‘, werden die Drogenhändler versuchen, unter den Einsteigern laufend neue Süchtige zu rekrutieren. Dieses würde erschwert, wenn wegen der steigenden Preise der Konsum bei den Einsteigern deutlich zurückginge. Als Gegenstrategie ist es daher für die Drogenhändler rational, den Einsteigern die Drogen möglichst billig, unter Umständen sogar kostenlos abzugeben, um sie so schnell wie möglich süchtig zu machen und dann ökonomisch ausbeuten zu können. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Preiserhöhung wird daher von den Händlern vor allem auf die Süchtigen und weniger auf die Einsteiger überwältigt.

Dadurch wird der Markt langfristig aufrechterhalten. Auch hier gilt wie vorhin, daß repressive staatliche Maßnahmen zwar die Risikoprämie nach oben treiben und damit den Markt etwas zurückdrängen können, daß aber wegen der enorm hohen Gewinne, die möglich sind, sich (fast) immer Individuen finden werden, die versuchen, diese Chancen für sich zu nutzen.

5. Die (Ohn-)Macht der Politik

Es ist davon auszugehen, daß überall dort, wo durch illegale Tätigkeiten besonders hohe Gewinne möglich sind, illegale Märkte entstehen. Die Politik kann ihr Ausmaß zwar in gewissem Umfang eindämmen, ihr Auftreten aber nicht verhindern. Dies gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz.

Daraus wird zunächst ersichtlich, wie stark bei vielen Menschen die eigennützige materielle Motivation ist. Daß die Menschen in dieser Weise motiviert sind, ist eine Annahme, die für das ökonomische Verhaltensmodell zwar nicht konstitutiv ist, aber im Rahmen ökonomischer Analysen üblicherweise gemacht wird. Sie hat sich dort gut bewährt, ist aber dennoch umstritten. Schließlich, so wird argumentiert, sind die Menschen nicht nur eigennützig motiviert, sondern sie handeln auch moralisch bzw. altruistisch. Der ökonomischen Analyse wird deshalb gelegentlich ein verkürztes Menschenbild vorgeworfen.¹³

Sieht man einmal davon ab, daß es ausgesprochen schwierig ist, genau zu

¹³ Siehe hierzu z.B. sehr polemisch Fezer 1986. Andererseits gibt es demoskopische Evidenz dafür, daß die materielle Orientierung der Bevölkerung insgesamt sowie insbesondere der jüngeren Generation in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. Siehe hierzu Piel 1995.

bestimmen, was moralisches Verhalten im einzelnen ausmacht, dürfte kaum zu bestreiten sein, daß sich Menschen auch moralisch verhalten.¹⁴ Dies gilt selbst dann, wenn man in Rechnung stellt, daß viel von dem, was sich als moralisches Verhalten gebärdet, als verkappter Eigennutz demaskiert werden kann.¹⁵ Andererseits ist moralisches Verhalten nicht nur, aber vor allem dann zu erwarten, wenn es wenig kostet. Dies gilt schon in vergleichsweise trivialen Situationen. Sieht man es z.B. als die moralische Pflicht eines Staatsbürgers an, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, so kommen dieser Pflicht bei Wahlen und Abstimmungen recht viele Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nach, dann aber, wenn es um zeitaufwendigere Tätigkeiten geht, nur noch recht wenige. Je höher andererseits die finanzielle Belohnung für moralwidriges Verhalten ist, desto eher ist zu erwarten, daß sich Individuen darauf einlassen.

Dies gilt auch bei den beiden aufgeführten Beispielen. Entsprechend der bei uns geltenden Normen ist es sicherlich unmoralisch (und überdies mit Strafe bedroht), sich bestechen zu lassen. Dennoch geschieht dies, und teilweise sogar für recht geringe Summen. Drogenhandel ist sicherlich ebenfalls eine unmoralische Tätigkeit, und sie ist ebenfalls mit Strafe bedroht. Dennoch lassen sich viele darauf ein. Auf diese Weise entstehen Märkte auch in Bereichen, welche (entsprechend dem Willen des überwiegenden Teils der Bevölkerung) dem Marktmechanismus entzogen sein sollten.

Wenn dies aber so ist und wenn, wovon hier ausgegangen wird, die Menschen auch in ihrer materiellen Orientierung nicht grundsätzlich geändert werden können, was kann Politik dann überhaupt tun, um das Entstehen solcher Märkte bzw. ihre Ausbreitung zu verhindern? Gibt es hier nur Resignation?

Zunächst bleibt festzuhalten, daß es trotz allem bestimmte Bereiche gibt, in denen ein Markt durch staatliches Handeln zumindest weitgehend unterdrückt werden kann. Wenn auch immer wieder Fälle von Bestechung aufgedeckt werden, so kann dennoch festgestellt werden, daß die weitaus überwiegende Anzahl der schweizerischen und deutschen Beamten und Richter nicht bestechlich ist. Das gleiche gilt z.B. auch für Organhandel oder für Menschenhandel. Andererseits gibt es genügend Länder, in denen nicht nur Korruption, sondern auch Organ- und sogar Menschenhandel recht häufig sind.¹⁶ Und zudem gibt es Bereiche, in denen auch in der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland staatliche Vorschriften weitgehend wirkungslos zu sein scheinen, wie z.B. beim Drogenhandel.

Wirksam werden kann Politik in solchen Bereichen vermutlich nur dann, wenn sie versucht, (neben möglichen polizeilichen Maßnahmen) die Anreize für solches Handeln zu vermindern. Ein Beamter ist – *ceteris paribus* – um

¹⁴ Siehe hierzu auch Kirchgässner 1996.

¹⁵ Siehe hierzu z.B. Blau 1964, 17.

¹⁶ Zur Ausbreitung des Organhandels siehe z.B. J. Reicherzer, Nieren im Angebot, Organhandel: Die stark wachsende Nachfrage läßt einen grausamen Schwarzmarkt blühen, DIE ZEIT Nr. 43 vom 22. Oktober 1993, 23.

so anfälliger für Bestechung, je geringer sein legales Einkommen ist. Je höher dies ist, desto höher ist zum einen der Verlust, der bei einer Aufdeckung der Bestechung (und der darauf erfolgenden Bestrafung) zu erwarten ist, und desto geringer ist zum anderen der zusätzliche Nutzen, welcher mit einem bestimmten Geldbetrag verbunden ist.¹⁷ Beides treibt die Bestechungssumme, die notwendig ist, damit er sich auf ein solches Geschäft einläßt, in die Höhe. Je höher aber die geforderte Bestechungssumme ist, desto weniger Individuen werden sich bereit finden, eine solche Summe zu zahlen. Damit aber wird der Bestechung weitgehend der Boden entzogen. Umgekehrt ist es nicht zufällig, daß genau in jenen Staaten, die ihre Bediensteten besonders schlecht entlohnen, das Ausmaß von Korruption am größten ist: dort ist der Nutzen, welchen diese Bediensteten aus den Bestechungsgeldern ziehen, recht groß und zudem das damit verbundene Risiko vergleichsweise gering.

Auch im Bereich des Drogenhandels geht es darum, die Anreize zu vermindern, in diesen Markt hineinzugehen. Da sich diese Anreize vor allem aus den hohen Gewinnen ergeben, die im Handel mit Süchtigen erzielt werden können, muß versucht werden zu verhindern, daß die Süchtigen mit ihrer hohen Zahlungsbereitschaft als Nachfrager auftreten. Wenn es möglich wäre, dies sicherzustellen, würde der Drogenmarkt (weitgehend) zusammenbrechen. Aus dem Blickwinkel der Drogenhändler wäre es dann auch nicht mehr sinnvoll, in Einsteiger zu ‚investieren‘, d.h. ihnen die Drogen zu Vorzugspreisen oder gar kostenfrei zu überlassen, da sie ja dann, wenn sie süchtig geworden sind, als Nachfrager ausfallen.

Die Nachfrage der Süchtigen kann aber nur dann vom Markt ferngehalten werden, wenn diese ihren ‚Stoff‘ oder zumindest eine Ersatzdroge von anderer Seite kostengünstiger erhalten können. Ein ‚ökonomischer‘ Vorschlag zur Bekämpfung des Drogenhandels läuft deshalb darauf hinaus, die Süchtigen zu registrieren und ihnen von staatlicher Seite aus bzw. durch vom Staat beauftragte private Organisationen ihre tägliche Dosis kontrolliert zu verabreichen.¹⁸ Dabei könnten durchaus die dem Staat bzw. der entsprechenden Organisation entstehenden Kosten in Rechnung gestellt werden. Der Preis, welchen die Konsumenten entrichten müßten, läge trotz höherer (durchschnittlicher) Qualität weit unter dem heutigen Marktpreis. Dieses Vorgehen hätte gegenüber der herkömmlichen Praxis eine ganze Reihe von Vorteilen. Der wichtigste ist, daß damit der Markt für Drogen weitgehend ausgetrocknet würde. Die riesigen Gewinne, die heute auf diesem Markt zu erzielen sind, würden wegfallen. Dies würde zugleich die ökonomische Basis des organisierten Verbrechens schmälern. Natürlich muß man berücksichtigen, daß die ‚kriminellen Unternehmer‘ ihre Aktivitäten dann in andere Bereiche verlagern

¹⁷ Hier sei, wie in der Ökonomie üblich, abnehmender Grenznutzen des Einkommens unterstellt.

¹⁸ Siehe hierzu z.B. Pommerehne/Hartmann 1980 sowie Pommerehne 1995.

werden; dennoch dürfte der Nettoeffekt für die Gesellschaft positiv (und damit für diese Unternehmer negativ) sein. Da es für sie zudem nicht mehr rentabel wäre, in Einsteiger zu ‚investieren‘, kann man damit rechnen, daß langfristig auch der Drogenkonsum zurückginge.¹⁹ Dies würde dadurch noch verstärkt, daß durch die Erfassung der Süchtigen deren Betreuung besser sein könnte und damit auch die Möglichkeit, auf sie in Richtung auf einen Ausstieg einzuwirken. Da die Süchtigen überdies nicht mehr gezwungen wären, erhebliche Finanzmittel zur Bezahlung der Drogen aufzutreiben, würden auch Beschaffungskriminalität und Beschaffungsprostitution zurückgehen.

Die hier beschriebenen Möglichkeiten, durch staatliche Maßnahmen Korruption und Drogenhandel einzudämmen, basieren insofern auf dem ökonomischen Verhaltensmodell, als bei der Analyse der Situation rationales Verhalten aller betroffenen Individuen (im Sinne dieses Modells) unterstellt und dann gefragt wird, wie deren Handlungsbedingungen geändert werden können, damit sich die allgemeine Situation in der von der Politik gewünschten Richtung ändert. Diese Überlegungen sind damit Beispiele für die Anwendung des folgenden, allgemeineren Grundsatzes:²⁰

(i) Staatliche Maßnahmen sollten, soweit dies möglich ist, so konzipiert sein, daß sie auch dann wirksam sind, wenn sich die privaten Wirtschaftssubjekte eigennützig verhalten. Daher sollten bei staatlichen Maßnahmen die Anreize für das Handeln der privaten Akteure so gesetzt werden, daß das Erreichen des angestrebten Zieles auch im eigennützigem Interesse der Betroffenen liegt.

Da Wissenschaftler wie Politiker zwar versuchen können, abzuschätzen, welche Auswirkungen von bestimmten politischen Maßnahmen zu erwarten sind, da aber die Menschen lernen und häufig versuchen, ihre persönlichen Ziele auch gegen die Intentionen der politischen Entscheidungsträger durchzusetzen, sollte auch ein zweiter Grundsatz beherzigt werden:

(ii) Bei staatlichen Maßnahmen ist zu berücksichtigen, daß die privaten Wirtschaftssubjekte auf diese Maßnahmen möglicherweise anders reagieren als erwartet oder gewünscht wird. Daher müssen bei politischen Entscheidungen mögliche Nebenwirkungen mitbedacht werden, um sie, soweit sie unerwünscht sein sollten, soweit wie möglich auszuschließen. Außerdem sollten Handlungsmöglichkeiten für den Fall des Auftretens solcher Effekte offengehalten werden.

Selbstverständlich garantiert eine Berücksichtigung dieser Grundsätze nicht, daß Politik auch tatsächlich erfolgreich ist. Andererseits dürfte eine Politik, welche diesen Grundsätzen nicht folgt, in aller Regel wenig erfolgreich sein. Auch wenn man mit Ausweichreaktionen der Betroffenen sowie mit (von

¹⁹ Ein Gegeneffekt könnte sich allerdings dadurch ergeben, daß wegen des später möglichen kostengünstigen Bezugs der Drogen der Einstieg für manche nicht mehr so gefährlich erschiene als dies bei der heutigen Praxis der Fall sein mag.

²⁰ Zur intensiveren Diskussion dieser Grundsätze siehe Kirchgässner/Pommerehne 1988.

den politischen Entscheidungsträgern) nicht intendierten Konsequenzen politischer Maßnahmen rechnen muß, bedeutet dies dennoch, daß Politik nicht ohnmächtig ist. Sie ist allerdings in ihrer Einflußmöglichkeit begrenzt, wobei diese Grenzen wesentlich durch die (faktischen) Präferenzen der Individuen bestimmt werden. Diese Grenzen festzustellen und Handlungsmöglichkeiten herauszufinden, die diese Grenzen respektieren, ist eine der wichtigsten Aufgaben einer Sozialwissenschaft, die auch praktisch wirksam werden will.

6. Die Ökonomisierung der Gesellschaft

Wenn, wie hier ausgeführt wurde, Märkte (bzw. Tauschbeziehungen) für das menschliche Leben sehr umfassend sind und wenn Politik hier nur begrenzte Einflußmöglichkeiten hat, führt dies dann dazu, daß Märkte in der Gesellschaft immer weiter vordringen und immer weitere Bereiche regeln? Ist eine derartige ‚Ökonomisierung der Lebenswelt‘ durch Ausweitung des über Geld geregelten Bereichs schon deshalb unumgänglich, weil man sich sonst illegale Märkte mit all ihren negativen Konsequenzen einhandelt? Und ist die ökonomische Theorie mit ihrem ‚ökonomischen Imperialismus‘, d.h. der Übertragung des ökonomischen Verhaltensmodells auf immer weitere Bereiche des menschlichen Zusammenlebens daran zumindest nicht ganz unschuldig?

Ob tatsächlich eine zunehmende Ökonomisierung der Lebenswelt festzustellen ist, läßt sich wohl nicht einfach mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ beantworten. Zwar ist nicht zu bestreiten, daß es Bereiche gibt, in denen heute Marktbeziehungen vorherrschen und/oder Nützlichkeitsabwägungen angestellt werden, in denen dies früher nicht der Fall war (bzw. zumindest letzteres nicht der Fall zu sein schien). Andererseits muß auch gesehen werden, daß, wie oben bereits erwähnt wurde, heute viele Bereiche der Marktregulierung (zumindest offiziell) entzogen sind, die früher über einen Markt geregelt wurden. Dies gilt z.B. für weite Teile des Ausbildungs- wie des Gesundheitswesens. Erst im neunzehnten Jahrhundert wurden Teile dieser Bereiche dem Markt entzogen, wobei Effizienz-, vor allem aber Verteilungsaspekte eine wesentliche Rolle spielten. So sollten z.B. Arme nicht deshalb, weil sie arm sind und sich keinen Arzt leisten können, auf medizinische Versorgung verzichten müssen. Wenn heute darüber diskutiert wird, ob offizielle Marktprozesse hier wieder stärker zur Geltung kommen sollten, wird nur etwas wieder aufgenommen, was über Jahrhunderte hinweg selbstverständlich war. Außerdem sind die Märkte hier häufig gar nicht so stark zurückgedrängt und die normative Basis für diese Zurückdrängung ist gar nicht so selbstverständlich, wie im allgemeinen unterstellt wird.

Bezüglich des Ausbildungswesens wird in der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz heute vor allem diskutiert, ob im Bereich der universitären Bildung mit Hilfe von Studiengebühren eine Verkürzung der Studienzeiten

und damit eine Entlastung der Universitäten herbeigeführt werden könnte. Obwohl weit geringere Gebühren als dort im Gespräch sind, gilt das amerikanische Universitätssystem dabei als Vorbild. Das (durchaus ernst zu nehmende) Gegenargument gegen eine solche Teilfinanzierung der Universitäten besagt, daß hierdurch die Kinder armer Eltern benachteiligt würden, da sie entweder diese Gebühren gar nicht aufbringen könnten und/oder, falls sie ihr Studium über ein Darlehen finanzieren würden, eine erhebliche Belastung ins Berufsleben mit sich nehmen würden. Dies könnte zwar für die besonders begabten Kinder durch Stipendien ausgeglichen werden; nicht aber für die nicht ganz so begabten, aber dennoch ‚studierfähigen‘ Kinder.

Das normative Problem bei dieser Argumentation besteht darin, daß das bisherige System eine Bevorzugung derjenigen darstellt, die eine universitäre Ausbildung absolvieren, gegenüber denjenigen, die eine berufliche Ausbildung anstreben. Sie müssen z.B. eine Ausbildung zum Meister vollständig selbst finanzieren. Es gibt aber keinen ersichtlichen Grund, weshalb eine universitäre Ausbildung staatlich subventioniert sein sollte, eine berufliche Ausbildung auf der gleichen Ebene jedoch nicht. Dazu kommt, daß die Absolventen der universitären Ausbildung später – ceteris paribus – ein höheres Lebenseinkommen erwarten können. Warum aber sollten die Steuerzahler genau diejenigen subventionieren, die langfristig sowieso schon besser gestellt sind?

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß auch der Bereich der Mittelschule bzw. des Gymnasiums heute nur partiell dem Markt entzogen ist. Tatsächlich hat sich inzwischen ein ganzer Wirtschaftszweig entwickelt, der Nachhilfestunden anbietet, damit Schülerinnen und Schüler, für die der reguläre Unterricht nicht ausreicht, die gesetzten Anforderungen erfüllen können. Es ist offensichtlich, daß die Kinder reicher Eltern davon stärker profitieren können als die Kinder armer Eltern. Man kann zwar versuchen, durch Zusatzunterricht für schwache Kinder diesen Markt etwas zurückzudrängen; man kann ihn aber kaum verhindern.

Ähnliches gilt für das Gesundheitswesen. Auch hier ist über die Halbprivat- bzw. Privatversicherung ein offizieller Markt eröffnet worden, welcher den Reichen eine bessere medizinische Versorgung ermöglicht als den Armen. Dies widerspricht offensichtlich dem oben formulierten Anspruch, daß Arme keine schlechtere medizinische Versorgung haben sollen als Reiche. Tatsächlich aber läßt sich ein solcher Markt gar nicht unterdrücken; er läßt sich bestenfalls einschränken bzw. kanalisieren.

Selbst wenn man aber trotz fehlender eindeutiger Evidenz annimmt, daß die Ökonomisierung der Lebenswelt in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat und/oder immer noch zunimmt, bleibt offen, ob dies als positiv oder als negativ einzuschätzen ist. A. O. Hirschman (1977) hat in seiner Arbeit über *Leidenschaften und Interessen* eindrücklich dargelegt, wie materielle Interessen, die ursprünglich als Gier, Habsucht oder Gewinnsucht betrachtet

und negativ belegt wurden, dazu dienen konnten, andere Leidenschaften wie Ehrgeiz, Machtgier oder sexuelle Begierde zu zügeln (siehe Hirschman 1977, 48ff.). Dies war durchaus ein gesellschaftlicher Fortschritt. Hier wurde ein feudales durch ein bürgerliches Regelsystem abgelöst. Es war für die Betroffenen sehr vorteilhaft, wenn z.B. eine Beleidigung durch eine Geldbuße aus der Welt geschafft werden konnte und nicht, wie im deutschen und österreichischen Adel noch zu Beginn dieses Jahrhunderts, durch ein Duell mit möglicherweise tödlichem Ausgang Genugtuung geleistet werden mußte.

6.1 Zwei Gründe für eine zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft

Unabhängig davon, ob diese Entwicklung als positiv oder negativ einzustufen ist, gilt aber, daß dort, wo heute eine zunehmende Ökonomisierung der Lebensverhältnisse zu beobachten ist, dies weitgehend eine Folge gesellschaftlicher Entwicklungen ist, die ansonsten durchaus positiv betrachtet werden. Hier sind vor allem zwei Entwicklungen zu nennen, der technische Fortschritt, wie er sich insbesondere in der Medizin vollzieht, und die Emanzipation der Frau.

Daß die Entwicklung der Technik manche Märkte überhaupt erst ermöglicht, sieht man z.B. am Organhandel. Ohne die moderne Transplantationsmedizin wäre ein solcher Handel gar nicht denkbar. Noch bedeutsamer aber ist, daß die heute verfügbare Hochtechnologie-Medizin Abwägungen in Bereichen erfordert, in welchen man früher glaubte, kategorische Abwägungsverbote erlassen zu sollen und durchsetzen zu können.²¹ Dies fängt – noch relativ unproblematisch – dort an, wo z.B. nur ein Spenderorgan zur Verfügung steht, aber mehrere geeignete Empfänger vorhanden sind. Die Nichtberücksichtigung eines Empfängers kann dessen sicheren Tod bedeuten.²² Problematischer, wenn auch weit weniger offensichtlich ist die Entscheidung über die (technische) Ausstattung von Krankenhäusern. Die zunehmende technische Ausstattung der Krankenhäuser steigert die Chance, Schwerkranken (z.B. durch Herzoperationen) das Leben zu erhalten, sie ist aber auch einer der wesentlichen Gründe für die häufig konstatierte Kostenexplosion im Gesundheitswesen. Wird wegen der hohen Kosten auf einen entsprechenden Ausbau verzichtet, so bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als daß man die Konsumchan-

²¹ Wenn auch in diesem Zusammenhang der Begriff der Ökonomisierung verwendet wird, so geschieht dies hier in einem etwas anderen Sinn. Es geht (zumindest zunächst) nicht darum, daß ein Bereich dem Markt überlassen und damit mittels Geld geregelt wird, sondern darum, daß Nützlichkeitsabwägungen in einem Bereich angestellt werden, welcher bisher solchen Erwägungen entzogen zu sein schien. Andererseits hängen beide Entwicklungen eng miteinander zusammen: Sobald akzeptiert ist, daß Nützlichkeitsabwägungen eine zentrale Rolle spielen, ist ein erster Schritt auf dem Übergang hin zum Markt bereits vollzogen.

²² Zu solch ‚tragischen Entscheidungen‘ siehe z.B. Enderle 1988.

cen der Gesunden höher einschätzt als die Chancen der Schwerkranken auf Weiterleben. Hier werden, ohne daß man sich dessen freilich im allgemeinen bewußt ist, die Überlebenschancen der Kranken monetär bewertet und eines entsprechenden Aufwandes nicht für wert erachtet. Solche Entscheidungen sind freilich gar nicht zu vermeiden, wenn der Anteil der Gesundheitsausgaben am Volkseinkommen nicht ständig steigen soll.

Daß die Emanzipation der Frau zu einer Ökonomisierung der Lebenswelt beitragen soll, mag zunächst überraschend klingen. So wie sie heute allgemein verstanden wird, bedeutet die Emanzipation der Frau neben einer verstärkten Berücksichtigung der Frauen in der Politik insbesondere deren gleichberechtigte Teilnahme am Wirtschaftsprozess, mit gleichen Aufstiegschancen und gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Damit aber kann die Frau ihre traditionelle Rolle im Haushalt zumindest nicht mehr in gleichem Umfang wahrnehmen. Dies betrifft insbesondere das Aufziehen der Kinder und die Sorge um die Alten. Sieht man sowohl von der (zumindest vorläufig) wohl unrealistischen Alternative, daß der Mann diese Rolle übernimmt, als auch von der (zumindest bis heute) recht selten gewählten Möglichkeit ab, daß beide nur noch eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, bleibt kaum etwas anderes übrig, als diese Tätigkeiten aus der Familie auszulagern. Im Bereich der Altenpflege ist dies heute bereits weitgehend geschehen; in Zusammenhang mit der Pflegeversicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland allerdings der Versuch unternommen, die Altenpflege zumindest teilweise wieder in die Familie zurückzuverlagern. Unabhängig davon, wie dieser Versuch ausgeht, ist für unseren Zusammenhang bedeutsam, daß man dabei von der Überlegung ausgeht, eine solche Rückverlagerung könne nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die Person, welche diese Pflege in der Familie übernimmt, dafür vom Staat (bzw. von der Versicherung) entlohnt wird.

Für weite Bereiche der Kindererziehung ist die Auslagerung aus der Familie heute z.B. in den skandinavischen Staaten genauso selbstverständlich; nur dadurch ist eine entsprechende Entlastung der Frauen möglich. (Das gleiche galt auch für die ehemalige DDR.) Dementsprechend ist die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Kinderkrippen bzw. Kindergartenplätzen auch Bestandteil aller Programme, mit denen die Integration der Frau in den Arbeitsprozeß gefördert werden soll.²³ Zwar wird dies heute in aller Regel (noch) als Staatsaufgabe begriffen, was bedeutet, daß die Erziehungskräfte weitgehend aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt werden. Schon heute gibt es aber daneben einen florierenden privaten Markt, und zudem ist abzusehen, daß wegen der Notwendigkeit, die Lohnnebenkosten zu reduzieren, die staatlichen Beiträge an diese Institutionen zurückgehen werden. Dadurch werden die privaten Zuzahlungen an Bedeutung gewinnen. Aber auch ohne solche private Zuzahlungen ist dieser Bereich heute de facto bereits ‚ökonomisiert‘: die Lei-

²³ Siehe hierzu z.B. Frey/Weck-Hannemann 1988.

stungen, welche früher ohne Entgelt in der Familie erbracht wurden, werden heute gegen Entgelt außerhalb der Familie erbracht.

Es dürfte nur wenige geben, die den technischen Fortschritt in der Medizin sowie die Emanzipation der Frau grundsätzlich ablehnen. Bei allen problematischen Nebenwirkungen, wie z.B. der ‚Technisierung‘ der Krankenpflege in den Spitälern, sieht der überwiegende gesellschaftliche Konsens diese Entwicklungen als positiv an. Die dadurch ausgelöste zusätzliche Ökonomisierung der angesprochenen Bereiche ist daher als eine nicht-intendierte, aber nichts desto weniger unausweichliche Konsequenz dieser insgesamt positiv eingeschätzten Entwicklungen anzusehen.

Es gibt also ‚gute‘ Gründe für eine weitere Ökonomisierung bestimmter Lebensbereiche. Andererseits bedeutet dies noch nicht, daß wir tatsächlich eine weitere Ökonomisierung erleben.²⁴ Hierfür gibt es, wie oben angemerkt wurde, keine eindeutige Evidenz. Aber unabhängig davon wäre es möglich, daß, wie gelegentlich vermutet wird, die Entwicklung der ökonomischen Theorie einer weiteren Ökonomisierung Vorschub leistet. Will man auf diesen Vorwurf eingehen, so ist zunächst zu fragen, welchen Einfluß die ökonomische Theorie ganz allgemein auf die gesellschaftliche Entwicklung hat. Davon unabhängig ist die Frage zu beantworten, welche Auswirkungen der ‚ökonomische Imperialismus‘, d.h. die Anwendung des ökonomischen Verhaltensmodells in den (anderen) Sozialwissenschaften hat.

6.2 Zur Rolle der ökonomischen Theorie bei der Ökonomisierung der Gesellschaft

Auch wenn man generell mit Karl Marx davon ausgeht, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, d.h. daß sich die reale gesellschaftliche Entwicklung in den wissenschaftlichen Theorien, die über diese Entwicklung entworfen werden, widerspiegelt und nicht umgekehrt, so läßt sich doch nicht leugnen, daß hier ein Wechselverhältnis besteht. Einerseits kann man feststellen, daß die ökonomische Theoriebildung in vielen Fällen der gesellschaftlichen Entwicklung folgt. So kann man die keynesianische Theorie der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit als Reflex auf die weltweite Arbeitslosigkeit im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts begreifen, und auch die neueren, in den siebziger und achtziger Jahren entwickelten Arbeitsmarkttheorien können analog interpretiert werden. Das gleiche gilt für die in den vergangenen beiden Jahrzehnten entwickelte Umweltökonomik. Es ist schließlich nicht überraschend, daß sich Menschen mit der theoretischen Untersuchung gesell-

²⁴ Von der Ökonomisierung ist die ‚Globalisierung‘, d.h. weitere räumliche Ausdehnung von Märkten, strikt zu trennen. Die Globalisierung nimmt derzeit wohl unbestreitbar zu. Dies aber bedeutet nicht, daß deshalb auch die Ökonomisierung zunehmen müßte. Zur Problematik der Globalisierung siehe Kirchgässner 1998.

schaftlicher Vorgänge insbesondere dann beschäftigen, wenn diese Vorgänge an Bedeutung gewinnen (bzw. bereits gewonnen haben).

Andererseits gibt es reale und insbesondere politische Entwicklungen, die ohne entsprechende theoretische Entwicklungen kaum vorstellbar sind. Wenn heute in einigen (kleineren) europäischen Staaten damit begonnen wird, Ökosteuern einzuführen, dann dürfte die in der Umweltökonomik geführte Diskussion um marktwirtschaftliche Instrumente der Umweltpolitik hier eine erhebliche Rolle gespielt haben. Sie war aber allein sicher nicht hinreichend, um diese Entwicklung zu initiieren. Dazu kam das in weiten Bereichen offensichtliche Versagen der herkömmlichen (bürokratischen) Umweltpolitik. Ähnliches gilt für die Geldpolitik. Der Schwenk zu einer geldmengenorientierten Politik, wie er in den siebziger Jahren von der Deutschen Bundesbank und der Schweizerischen Nationalbank mit Erfolg vollzogen wurde, ist ohne die entsprechenden theoretischen Arbeiten, insbesondere von M. Friedman und von K. Brunner, kaum denkbar.²⁵ Andererseits kam auch hier eine gesellschaftliche Entwicklung dazu: die hohen Inflationsraten Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre sowie die Unfähigkeit der bisherigen (keynesianisch orientierten) Geldpolitik, dieser Inflation Herr zu werden.

In diesen Bereichen der eher traditionellen Ökonomie ist somit eine Wechselwirkung festzustellen. Diese ist aber nicht prinzipiell anders als in anderen (Sozial-)wissenschaften, zumindest soweit jene den Anspruch erheben, Beiträge zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme leisten zu können. Insofern scheint der Vorwurf an die ökonomische Theoriebildung, sie leiste einer Ökonomisierung der Lebensverhältnisse Vorschub, wenig haltvoll. Mit diesem Vorwurf wird aber häufig noch mehr verbunden. So wird z.B. unterstellt, dadurch, daß die Ökonomik den Menschen als eigennützigem homo oeconomicus konzipiere, fördere sie das Vordringen eigennütziger, materieller Orientierungen in der Gesellschaft bzw. versäume sie, ihr mögliches kritisches Potential dagegen einzusetzen (siehe hierzu z.B. Ulrich 1996). Dies gelte um so mehr, wenn der ökonomische Ansatz im Sinne des ‚ökonomischen Imperialismus‘ auf andere Sozialwissenschaften ausgedehnt werde.²⁶

Bei genauer Betrachtung erweist sich dieser Vorwurf jedoch als reichlich absurd. Abgesehen davon, daß die Nutzenfunktion des (modernen) homo oeconomicus prinzipiell offen ist und nicht nur materielle Werte umfaßt (siehe hierzu auch Homans 1961, 79f.), ist es reichlich naiv anzunehmen, dadurch, daß die Ökonomen bei der Untersuchung von Verhalten auf Märkten im allgemeinen, wie J. Rawls (1971, 168) dies bezeichnet, von der Annahme „gegenseitig desinteressierter Vernünftigkeit“ der betrachteten Individuen ausgehen, verstärkte sich bei diesen die eigennützig bzw. materielle Orientierung. Da-

²⁵ Siehe hierzu z.B. die grundlegenden Arbeiten Friedman 1948 und Brunner 1961.

²⁶ Zur Auseinandersetzung mit dem Vorwurf des ökonomischen Imperialismus siehe z.B. Kirchgässner 1988.

gegen spricht erst recht, daß, wie oben am Beispiel der Korruption gezeigt wurde, die materielle Orientierung in bestimmten Fällen sogar stärker ist, als von der ökonomischen Theorie zunächst unterstellt wird. Und vollends absurd erscheint dieser Vorwurf, wenn er auf den ökonomischen Imperialismus ausgedehnt wird, d.h. auf die Tatsache, daß die Ökonomen in den letzten dreißig Jahren vermehrt versucht haben, mit Hilfe ihres Ansatzes Phänomene zu erklären, die gemäß der traditionellen Fächereinteilung nicht in ihren Gegenstandsbereich fallen. Soweit es eine langfristige Tendenz zur zunehmenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse gibt, ist diese sicher älter als dreißig Jahre. Daher sollte man Karl Marx diesbezüglich auf den Füßen stehen lassen und die Gründe dafür anderswo als in einer bestimmten Ausrichtung der ökonomischen Theorie suchen.²⁷

7. Zusammenfassung und abschließende Bemerkungen

Insbesondere von Wirtschaftsethikern verschiedenster Prägung sieht sich die moderne ökonomische Theorie gelegentlich mit dem Vorwurf des Ökonomismus konfrontiert. Auch wenn oft keineswegs klar ist, was sich hinter diesem Vorwurf genau verbirgt, gibt es doch eine Reihe von Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt werden und die durchaus ernst zu nehmen sind. Dies betrifft z.B. Fragen nach dem Stellenwert des ökonomischen Verhaltensmodells für sozialwissenschaftliche Analysen oder Fragen nach der (vermuteten) zunehmenden Ausbreitung von Märkten, die gelegentlich als zunehmende Ökonomisierung unserer Lebenswelt interpretiert wird.

Die vorliegende Arbeit stellt einen Versuch dar, aus der Perspektive des Ökonomen auf diese (und andere, damit zusammenhängende) Fragen einzugehen. Hierzu wurde die Rolle des Tausches in einer Gesellschaft und die damit (möglicherweise) verbundene Ausbreitung der Märkte erörtert. In diesem Zusammenhang wurden auch illegale Märkte sowie solche Märkte betrachtet, auf denen nicht Geld, sondern ein anderes Gut als Transaktionsmedium dient, seien sie nun legal oder illegal. Daran schloß sich die Frage an, welche Möglichkeiten der Politik zur Verfügung stehen, um in solchen Märkten zu intervenieren. Schließlich befaßten wir uns mit der Frage der zunehmenden Ökonomisierung der Lebensverhältnisse und den Gründen, die (möglicherweise) dazu geführt haben. Bei alledem zeigte sich, daß das Gespenst des Ökonomismus weit weniger bedrohlich ist, als es häufig wahrgenommen wird. Eine zunehmende Ökonomisierung der Lebensverhältnisse existiert möglicherweise, aber dann unabhängig von der Entwicklung der ökonomischen Theorie und nicht erst in unserem Jahrhundert.

²⁷ Zur Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit die utilitaristische Ausrichtung der ökonomischen Theorie einen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung hat, siehe Kirchgässner 1997.

Unabhängig davon, ob der Vorwurf des Ökonomismus gerechtfertigt ist oder nicht, wird einer Sozialwissenschaft, die auf der Basis des methodologischen Individualismus aufbaut und das ökonomische Verhaltensmodell anwendet, häufig der Vorwurf gemacht, sie zementiere den status quo oder legitimiere ihn sogar. Dieser Vorwurf ist so verständlich wie falsch. Er ist verständlich, weil eine solche Sozialwissenschaft nicht nur von revolutionären Entwürfen in aller Regel Abstand nimmt und sich mit schrittweisen Änderungen begnügt, sondern bei vorgeschlagenen politischen Maßnahmen zur Veränderung der Situation häufig auf die Gefahr möglicher nicht-intendierter Nebenwirkungen hinweist, die mit solchen Maßnahmen grundsätzlich verbunden ist. Diese Nebenwirkungen führen gelegentlich dazu, daß eine politische Maßnahme das Gegenteil dessen bewirkt, was intendiert war. Der Grund für solche Nebenwirkungen liegt in der Lernfähigkeit der Menschen und der damit verbundenen Unmöglichkeit, ihr Verhalten vollständig vorauszusagen. Eine Sozialphilosophie, die dies in Rechnung stellt, wird mit ihren Vorschlägen im allgemeinen vorsichtiger sein, als eine Sozialphilosophie, die darüber hinwegsieht.²⁸ Dies kann als Verteidigung bzw. Legitimierung des status quo interpretiert werden.

Andererseits ist, wie oben erläutert wurde, eine Politik, die diese möglichen Nebenwirkungen nicht in Rechnung stellt, fast zwangsläufig zum Scheitern verurteilt. Wenn man davon ausgeht, daß die Individuen auch (und in nicht geringem Umfang) materiell orientiert sind und daß dies nicht (bzw. zumindest nicht innerhalb einer überschaubaren Frist) zu ändern ist, dann wird mit hoher Wahrscheinlichkeit jede Politik scheitern, die diese materielle Orientierung nicht in Rechnung stellt. Nicht umsonst sind bisher fast alle Versuche, das Umweltverhalten der Individuen mit Hilfe moralischer Appelle dauerhaft zu beeinflussen, gescheitert, während die (wenigen) Versuche, mit Hilfe von Ökosteuern zu arbeiten, recht erfolgreich waren.²⁹ Dies führt dazu, daß eine Politik, der zunächst vorgeworfen wird, den status quo zu zementieren, diesen langfristig nachhaltiger verändern kann als eine Politik, die sich diesem Vorwurf nicht ausgesetzt sieht.

Einer solchen Argumentation wird gelegentlich entgegengehalten, daß sie vorgebliche wirtschaftliche Sachzwänge an die Stelle politischer Argumentation setze. Genau darin zeige sich der Ökonomismus. Nun ist unbestritten, daß wirtschaftliche Gegebenheiten von der Politik nicht fraglos hingenommen werden müssen, sondern daß man sich um politische Gestaltungsmöglichkeiten bemühen kann. Solche Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen, ist eine der wesentlichen Aufgaben (wertfreier) politischer Ökonomie, und oben wurde an den Beispielen der Korruption und des Drogenmarktes aufgezeigt, wie dies geschehen kann. Andererseits aber kann man sich um wirtschaftliche Gegeben-

²⁸ Siehe hierzu auch die Auseinandersetzung mit dieser Problematik in Popper 1944/45.

²⁹ Zu den empirischen Ergebnissen, die mit den einzelnen umweltpolitischen Maßnahmen erzielt wurden, siehe z.B. Kirchgässner 1994.

heiten auch nicht herummogeln; politische Gestaltungsvorschläge, die nicht entsprechend dem Brückenprinzip ‚ultra posse nemo obligatur‘³⁰ auch nach ihren Realisierungsmöglichkeiten und -chancen (z.B. im Rahmen einer weltweit vernetzten Wirtschaft) fragen, tragen ein unnötig hohes Risiko des Scheiterns. Genauso wie ein dogmatischer Verweis auf ‚ökonomische Sachzwänge‘ abzulehnen ist, zeugt es nicht von Tugend, sondern eher von ideologischer Voreingenommenheit, wenn die Existenz solcher Sachzwänge prinzipiell bestritten wird.

Was bleibt damit vom Vorwurf des Ökonomismus? Bei nüchterner Betrachtung zeigt sich, daß dieses Gespenst weit weniger bedrohlich ist, als häufig angenommen wird. Soweit es überhaupt existiert, existiert es auch unabhängig von der Entwicklung der ökonomischen Theorie und nicht erst in unserem Jahrhundert. Andererseits macht die ökonomische Theorie auf Grenzen politischen Handelns aufmerksam, die, zumindest solange sich die Menschen nicht grundlegend ändern, nur schwer zu überwinden sein dürften. Der Hinweis auf solche Grenzen dürfte ethisch jedoch verdienstvoll sein und kaum einen Vorwurf rechtfertigen.

Bibliographie

- Albert, H. (1968), *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen
- Alchian, A. A./W. R. Allen (1964), *Exchange and Production, Theory in Use*, Belmont
- Boulding, K. E. (1947), A Note on the Theory of the Black Market, in: *Canadian Journal of Economics and Political Science* 13, 115–118
- (1968), *Beyond Economics. Essays of Society, Religion, and Ethics*, Ann Arbor
- (1973), *The Economy of Love and Fear. A Preface to Grants Economics*, Belmont
- Blau, P. M. (1964), *Exchange and Power in Social Life*, London
- Bohnen, A. (1964), *Die utilitaristische Ethik als Grundlage der modernen Wohlfahrtsökonomie*, Göttingen
- Brunner, K. (1961), A Schema for the Supply Theory of Money, in: *International Economic Review* 2, 79–109
- Dahl, R. A./Ch. E. Lindblom (1953), *Politics, Economics, and Welfare*, New York
- Enderle, G. (1988), Tragische Entscheidungen: Eine Problematik der Wirtschaftsethik, in: *Zeitschrift für Philosophische Forschung* 42, 287–300
- Feldman, A. M. (1987), Welfare Economics, in: *The New Palgrave: A Dictionary of Economics*, London, 889–895
- Ferber, M. A./J. A. Nelson (eds.) (1993), *Beyond Economic Man: Feminist Theory and Economics*, Chicago
- Fezer, K.-H. (1986), Aspekte einer Rechtskritik an der economic analysis of law und am property rights approach, in: *Juristenzeitung* 41, 817–824

³⁰ Zur Diskussion dieses Brückenprinzips siehe Albert 1968, 73ff.

- Frey, B. S. (1989), Ipsative and Objective Limits to Human Behaviour, in: *Journal of Behavioral Economics* 17, 229–248
- (1990), *Ökonomie ist Verhaltenswissenschaft: Die Anwendung der Ökonomie auf neue Gebiete*, München
- /R. Eichenberger (1996), Marriage Paradoxes, in: *Rationality and Society* 8, 187–206
- /G. Kirchgässner (1994), *Demokratische Wirtschaftspolitik: Theorie und Anwendung*, München
- /H. Weck-Hannemann (1988), Die Frau in der Wirtschaft: Die Sicht der Nationalökonomie, in: *Wirtschaft und Recht* 40, 285–298
- Friedman, M. (1948), A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability, in: *American Economic Review* 38, 245–264
- Hirschman, A. O. (1977), *The Passions and the Interest: Political Arguments for Capitalism before its Triumph*, Princeton; deutsche Übersetzung: *Leidenschaften und Interessen: Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*, Frankfurt 1987
- Himmelstrand, U. (1996), Moral Reason and Consequentialist Ethics Facing the Challenge of Tax Disincentives and Secondary Costs in Social Policy, Vortrag im Rahmen der Jahrestagung der Society for the Advancement of Socio-Economics, Genf, 12.–14. Juli
- Homans, G. C. (1961), *Social Behavior: Its Elementary Forms*, London; deutsche Übersetzung: *Elementarformen sozialen Verhaltens*, Köln-Opladen 1974
- Issing, O. (1995), *Einführung in die Geldtheorie*, München
- Kambartel, F. (1975), Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), *Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie*, Frankfurt, 107–125
- (1979), Ist rationale Ökonomie als empirisch quantitative Wissenschaft möglich?, in: J. Mittelstraß (Hrsg.), *Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln*, Frankfurt, 299–319
- Kirchgässner, G. (1988), Ökonomie als imperial(istische)e Wissenschaft, in: *Jahrbuch für neue Politische Ökonomie* 7, 128–145
- (1991), *Homo Oeconomicus: Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, Tübingen
- (1992), Towards a Theory of Low-Cost Decisions, in: *European Journal of Political Economy* 8, 305–320
- (1994), Umweltschutz als Staatsaufgabe, in: D. Grimm (Hrsg.), *Staatsaufgaben*, Baden-Baden, 453–485
- (1996), Bemerkungen zur Minimalmoral, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 116, 223–251
- (1996a), Ideologie und Information in der Politikberatung: Einige Bemerkungen und ein Fallbeispiel, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 41, 9–41
- (1997), Utilitarismus und ökonomische Theoriebildung, Universität St. Gallen, Volkswirtschaftliche Abteilung, Diskussionspapier Nr. 9702, Januar
- (1998), Globalisierung in Wirtschaft und Umwelt: Herausforderung für das 21. Jahrhundert, erscheint in: *Aussenwirtschaft* 53

- /W.W. Pommerehne (1988), Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens: Implikationen für die Beurteilung staatlichen Handelns, in: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, Heft 3*, 230–250
- Klinger, C. (1990), Bis hierher und wie weiter? Überlegungen zur feministischen Wissenschafts- und Rationalitätskritik, in: M. Krüll (Hrsg.), *Wege aus der männlichen Wissenschaft: Perspektiven feministischer Wissenschaftstheorie*, Pfaffenweiler, 21–53
- Maier, F. (1994), Das Wirtschaftssubjekt hat kein Geschlecht, oder: Bemerkungen zum gesicherten Wissen der Ökonomen zur Geschlechterfrage, in: U. Regenhard/F. Maier/A.-H. Carl (Hrsg.), *Ökonomische Theorien und Geschlechterverhältnisse: Der männliche Blick der Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 15–39
- Meran, J. (1990), Ist es ökonomisch vernünftig, moralisch richtig zu handeln?, in: P. Ulrich (Hrsg.), *Auf der Suche nach einer modernen Wirtschaftsethik*, Stuttgart, 53–88
- Michaely, M. (1954), A Geometrical Analysis of Black Market Behavior, in: *American Economic Review* 44, 627–637
- Mittelstraß, J. (1985), Wirtschaftsethik als wissenschaftliche Disziplin?, in: G. Endlerle (Hrsg.), *Ethik und Wirtschaftswissenschaft*, Berlin, 17–32
- (1990), Wirtschaftsethik oder der verlängerte Abschied vom Ökonomismus auf philosophischen Wegen, in: P. Ulrich (Hrsg.), *Auf der Suche nach einer modernen Wirtschaftsethik*, Stuttgart, 17–51
- Nelson, J. A. (1992), Gender, Metaphor, and the Definition of Economics, in: *Economics and Philosophy* 8, 103–125
- Piel, E. (1995), Jugend gestern – Jugend heute, in: *Zentralblatt für Jugendrecht* 82, 347–351
- Pommerehne, W.W. (1995), Zwischen Repression und Legalisierung: Ökonomische Analyse der Drogenpolitik, in: W. Böhm/M. Lindauer (Hrsg.), *Sucht und Sehnsucht: Über unseren Umgang mit Drogen und Drogenproblemen*, Stuttgart u.a., 243–260
- /H. C. Hartmann (1980), Ein ökonomischer Ansatz zur Rauschgiftkontrolle, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft* 31, 102–143
- Popper, K. R. (1944/45), The Poverty of Historicism, I, in: *Economica* 11, 86–103; II, *Economica* 11, 119–137; III, *Economica* 12, 69–89; deutsche Übersetzung: *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, 6. Auflage 1987
- Rawls, J. (1971), *A Theory of Justice*, Cambridge, Mass.; deutsche Übersetzung: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt 1975
- Rich, A. (1990), *Wirtschaftsethik, Band II: Marktwirtschaft, Planwirtschaft, Weltwirtschaft aus sozialemethischer Sicht*, Gütersloh
- Saul, J. R. (1995), *The Unconscious Civilization*, Concord; deutsche Übersetzung: *Der Markt frißt seine Kinder: Wider die Ökonomisierung der Gesellschaft*, Frankfurt-New York 1997
- Seifert, E. K. (1990), Von der staatswissenschaftlichen zur ökologischen Kritik des Ökonomismus, in: Ch. Matthiesen (Hrsg.), *Ökonomie und Ethik: Moral des Marktes oder Kritik der reinen ökonomischen Vernunft*, Freiburg, 61–96
- Simmel, G. (1900), *Philosophie des Geldes*, München-Leipzig; zitiert nach der 2. Auflage 1907

- Tyler, T. R. (1997), Procedural Fairness and Compliance with the Law, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 133, 219–240
- Ulrich, P. (1990), Wirtschaftsethik auf der Suche nach der verlorenen ökonomischen Vernunft, in: P. Ulrich (Hrsg.), *Auf der Suche nach einer modernen Wirtschaftsethik*, Stuttgart, 179–226
- (1996), Wirtschaftsethik: Interdisziplin im Schnittpunkt zweier normativer Logiken, in: H. Holzhey/P. Schaber (Hrsg.), *Ethik in der Schweiz*, Zürich, 91–105